



Brief aus Straßburg



Aktuelle Informationen von Rainer Wieland MdEP

Abgeordneter für die Region Stuttgart und Heilbronn
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Nr. 164
Plenarwoche Februar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

von "IBAN, der Schrecklichen" war 2010 in einigen Medien die Rede, wenn es um die europaweite Vereinheitlichung von Kontonummern ging. Diese Woche hat nun das Europäische Parlament die Verordnung zum Einheitlichen Euro Zahlungsraum (SEPA) angenommen. Banküberweisungen werden künftig in der gesamten EU mit einem einheitlichen System getätigt. Ab Frühjahr 2014 werden die Kontonummer IBAN und die internationale Bankleitzahl BIC die alleinigen Standards für die Kontoverbindung sein, wobei die parallele Verwendung der nationalen Systeme bis 2016 möglich ist und der BIC ab 2016 entfällt.

Inzwischen hat IBAN ihren Schrecken verloren. Entscheidend für Sie als Verbraucher ist: Die Zahlenkombination der IBAN ist leicht zu merken. Sie enthält zwei Buchstaben als Kürzel für das jeweilige Land (für Deutschland DE) und setzt sich meist aus einer zweistelligen Prüfziffer (welche Fehlüberweisungen verhindert), der bisherigen Bankleitzahl und der alten Kontonummer zusammen. Wirklich neu ist also nur die Prüfziffer.

Schon heute steht die IBAN auf jedem Kontoauszug, manchmal auch bereits auf Bankkarten.

Viele Banken bieten außerdem Umrechnungshilfen an, welche die alten Daten automatisch in die IBAN umrechnen. Eine gute Nachricht für deutsche Verbraucher ist außerdem,

Quelle: Thorben Wengert / pixelio.de

dass Lastschriften, auch als Bankeinzug bekannt, im neuen System erhalten bleiben und nicht von den Kunden umgestellt werden müssen.

Durch die schnelleren grenzüberschreitenden Überweisungen können Kunden, Banken und Unternehmen binnen sechs Jahren 123 Milliarden Euro sparen. Die EU-weiten Regeln sollen außerdem sicherstellen, dass Banken in fairem Wettbewerb zueinander stehen und versteckte Gebühren abschaffen.



Quelle: Chocolat01/pixelio.de

Mit europäischen Grüßen aus Straßburg

*Respektvoll
Rainer Wieland*

Der Tag der Offenen Tür im Europäischen Parlament wird dieses Jahr am 20. Mai 2012 stattfinden.

Merken Sie sich den Termin bereits heute vor, weitere Informationen folgen!

Faire Preise für Milchbauern

Das Europäische Parlament hat grünes Licht für das mit den EU-Mitgliedstaaten ausgehandelte "Milchpaket" gegeben, welches die Verhandlungsmacht der Milchbauern gegenüber den Molkereien stärkt. Erzeugergemeinschaften können nun im Namen der ihnen angehörenden Milchbauern mit den Molkereien Preise für Roh-

E-Mail: rainer.wieland@europarl.europa.eu • Internet: www.mdep.de

**CDU-Europabüro Region
Stuttgart**
Dornierstraße 17
D-70469 Stuttgart
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80
Fax.: (49) 711/80 60 74 8 94

Europäisches Parlament
LOW T 12.037
Allée du Printemps
F-67070 Straßburg
Tel.: (33) 388 17 5545

Deutscher Bundestag
Wilhelmstr. 60
Zimmer 0.19
D-11011 Berlin
Tel.: (49) 30 227 71 771

Europäisches Parlament
ASP 10 E 130, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: (32) 2 284 7545
Fax.: (32) 2 284 9545

milch aushandeln, so lange die Liefermenge nicht mehr als ein Drittel der im Land produzierten Milch und weniger als 3,5 Prozent der gesamten Milcherzeugung der Europäischen Union ausmacht. Die Einigung gibt zudem jedem Mitgliedstaat die Möglichkeit, verpflichtende Verträge zwischen Milchbauern und Molkereien einzuführen, welche Preis, Zahlungsfristen und Abnahmebedingungen festlegen.



Quelle: almotti / pixelio.de

■ Haushaltsdisziplin und mehr Einsatz für Wachstum und Beschäftigung gefordert

In insgesamt drei Resolutionen zum Wachstumsbericht und zu den Beschäftigungsleitlinien der Kommission unterstreichen wir Abgeordnete, dass Haushalts-, Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen gemeinsam ergriffen werden müssen. Nur wenn die beschlossenen Sparmaßnahmen und gleichzeitig auch die notwendigen Strukturreformen umgesetzt werden, können Wachstum und neues Vertrauen von Bürgern und Investoren gleichermaßen wieder hergestellt werden.

■ Bankeinlagensicherung: Fortschritt beim Sparerenschutz gefordert

Wir Abgeordnete haben diese Woche unsere Position zur neuen EU-Richtlinie zur Einlagensicherung verabschiedet. Einlagensicherungssysteme sollen helfen, im Falle der Insolvenz einer Bank die Sparer und ihre Guthaben zu schützen. Unser Ziel ist ein deutlicher Fortschritt beim Sparerenschutz in Europa. Dafür sollen Mindeststandards festgelegt werden, die alle europäischen Sicherungssysteme erfüllen müssen. Dazu gehört, dass die Banken 1,5 Prozent der Einlagen ihrer Sparer gesondert vorhalten müssen und jedem Sparer sein Guthaben bis zu 100 000 Euro garantiert werden soll. Parlament und Rat sind im Gesetzgebungsprozess gleichberechtigt. Nach dem Plenarvotum sollen die aktuell festgefahrenen Verhandlungen wiederaufgenommen werden.



Quelle: Thorben Wengert / pixelio.de

■ Mobiles Internet wird schneller / Gebühren für Daten-Roaming sinken

Das Europaparlament hat das erste Programm zur einheitlichen Nutzung freiwerdender Funkfrequenzen verabschiedet. Um dem wachsenden

mobilen Datenverkehr beispielsweise durch Smartphones gerecht zu werden, werden diesem ab 2015 mehr Frequenzen zur Verfügung stehen.

Außerdem will das EU-Parlament die Gebühren für das sogenannte Daten-Roaming deutlich senken. Das Surfen mit dem Handy im EU-Ausland soll ab Juli nur noch 50 Cent pro Megabyte kosten.

■ Nahrungsmittelhilfe für bedürftige EU-Bürger gesichert

Im Rahmen des Programms "Nahrungsmittel für Bedürftige" werden dank eines mit dem Rat ausgehandelten und vom Parlament verabschiedeten Plans auch weiterhin Lebensmittel an die ärmsten Bürger verteilt. 18 Millionen EU-Bürger in 20 Mitgliedstaaten der Union sind auf dieses Programm angewiesen, das bis Ende 2013 mit einem jährlichen Budget von 500 Millionen Euro ausgestattet wurde.



Quelle: Helene Souza / pixelio.de

■ Europäischer Notruftag 11.2.

EU-weit können Sie unter 112 vorwahlfrei, kostenlos und netzübergreifend einen Notruf absetzen. Eine Broschüre mit allen wichtigen Informationen, welche Sie [hier](#) finden, ist inzwischen in 12 Sprachen verfügbar - darunter auch Schwäbisch!



■ Abiturflicht für Krankenschwestern? - Eine Klarstellung

Der Vorschlag der Kommission für neue Regeln zur Anerkennung von Berufsabschlüssen hat in Deutschland für Aufsehen gesorgt. Er sieht vor, das Eingangsniveau für die Ausbildung von Krankenpflegepersonal und Hebammen von einer zehnjährigen allgemeinen Schulbildung auf zwölf Schuljahre anzuheben.

Falsch ist aber die Behauptung, die Kommission wolle ein Abitur als Voraussetzung für die Ausbildung zur Klinikkrankenschwester vorschreiben und versperre damit Realschulabsolventen den Zugang zu diesem Beruf. Der Vorschlag sieht zwar 12 Schuljahre als Bedingung vor, lässt allerdings auch gleichwertige Abschlüsse zu und verlangt damit kein Abitur. Damit nimmt der Vorschlag gerade auf Deutschland mit seinem Bildungssystem und der dualen Berufsausbildung Rücksicht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

E-Mail: rainer.wieland@europarl.europa.eu • Internet: www.mdep.de

CDU-Europabüro Region
Stuttgart
Dornierstraße 17
D-70469 Stuttgart
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80
Fax.: (49) 711/80 60 74 8 94

Europäisches Parlament
LOW T 12.037
Allée du Printemps
F-67070 Straßburg
Tel.: (33) 388 17 5545

Deutscher Bundestag
Wilhelmstr. 60
Zimmer 0.19
D-11011 Berlin
Tel.: (49) 30 227 71 771

Europäisches Parlament
ASP 10 E 130, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: (32) 2 284 7545
Fax.: (32) 2 284 9545